

Gewerkschaftlicher Vorschlags- und Forderungskatalog für die Legislaturperiode 2023 - 2028

Institutioneller Rahmen

Für unsere Organisationen bleibt der Dialog zwischen Politik und Gewerkschaften eine Priorität. Wir rufen die Politik daher auf, sich in diesem Sinne zu verpflichten.

In der nächsten Legislaturperiode wird es darum gehen, einige der in den letzten Jahren verloren gegangenen Elemente der autonomiepolitischen Ordnung wiederherzustellen. Diesbezüglich halten wir es für wichtig, dass alle Vorschläge, die der 6er- und 12er-Kommission vorgelegt werden und die Arbeit betreffen, zuvor mit den Gewerkschaften diskutiert werden, um eventuelle Schwachstellen und Anwendungsszenarien aufzuzeigen.

Wir begrüßen den eingeschlagenen Weg in Bezug auf die Ausnahmeregelungen zum Proporz und zur Zweisprachigkeit. Damit die Landeskommissionen und -ausschüsse gut funktionieren und arbeiten können, fordern wir die Abschaffung der strikten Anwendung des ethnischen Proporz und der Geschlechterquoten bei der Zusammensetzung jener Landeskommissionen und Beiräte, die spezifische Kompetenzen erfordern (z.B. die Landeskommission für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz oder die Landesarbeitskommission)

Wir halten es für unabdingbar, dass die Wirksamkeit der öffentlichen Maßnahmen jeder Legislaturperiode von einem unabhängigen Organ bzw. Institut gemessen wird. Angedacht werden kann die Einrichtung eines Instituts wie das IRVAPP (Istituto per la ricerca valutativa sulle politiche pubbliche) ebenso die Einbeziehung von Eurac und Universität.

WIRTSCHAFTLICHE NACHHALTIGKEIT

Arbeit

Es ist augenscheinlich, dass es eine Abkehr braucht von der wirtschaftlichen Logik der Gewinnmaximierung, die heute eindeutig nicht mehr tragbar ist. Trotz einer florierenden Wirtschaft ist ein immer größerer Teil der Bevölkerung nicht in der Lage, die im Vergleich zum Durchschnittseinkommen unausgewogenen Lebenshaltungskosten zu stemmen.

Um Formen von Sozialdumping zu vermeiden und dem Phänomen der so genannten Piratenverträge entgegenzuwirken, fordern wir, dass die Gewährung von Steuererleichterungen und öffentlichen Beiträgen für Unternehmen an die vollinhaltliche Anwendung territorialer oder

DIE SÜDTIROLER GEWERKSCHAFTSBÜNDE LE CONFEDERAZIONI SINDACALI ALTOATESINE

betrieblicher Zusatzverträge geknüpft wird, die von den vergleichsweise repräsentativsten Gewerkschaftsorganisationen und Arbeitgeberverbänden unterzeichnet werden und welche die Einführung eines zusätzlichen (im Vergleich zu den gesamtstaatlichen Kollektivverträgen) fixen Lohnelements vorsehen.

Dem Arbeitskräftemangel in der Provinz Bozen kann auf keinen Fall durch den Rückgriff auf die Arbeitskraft der noch schulpflichtigen 14-jährigen Jugendlichen entgegengewirkt werden. Vielmehr muss das Problem durch andere Maßnahmen gelöst werden, wie zum Beispiel:

- durch die vollständige Umsetzung des Plans "Aktive Arbeitsmarktpolitik 2020-2024", der in Teilen noch nicht umgesetzt worden ist;
- die Förderung stabiler Arbeitsverhältnisse und die Beschränkung auf das Notwendigste von Saisonverträgen;
- durch die vollständige Umsetzung des GOL-Programms "Beschäftigungsfähigkeitsgarantie von Arbeitnehmern";
- durch die Anpassung der Planung von Ausbildungsmaßnahmen auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung an die tatsächlichen Bedürfnisse der Gesellschaft, des Arbeitsmarktes und des sozialen, wirtschaftlichen, technologischen und digitalen Wandels, wobei auch der Einsatz von berufsbegleitender Ausbildung und die Schaffung von Synergien zwischen den verschiedenen bestehenden Fonds (Solidaritätsfonds, berufsübergreifender Fonds, europäischer Fonds für neue Kompetenzen usw.) ins Auge gefasst werden muss, um ein reichhaltiges und umfassendes Ausbildungsangebot zu schaffen;

Die rechtzeitige Erneuerung der Kollektivverträge für den öffentlichen Dienst und die Reinternalisierung/Wiedereingliederung von derzeit ausgelagerten Dienstleistungen, angefangen beim Personal des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, des Sozialbereichs und des gesamten Reinigungssektors, sind von wesentlicher Bedeutung.

Im Jahr 2022 sind in Südtirol 14.786 Arbeitsunfälle gemeldet worden, davon 20 tödliche. Dies sind dramatisch hohe und stetig steigende Zahlen, die auf eine fehlende Sicherheitskultur hinweisen.

Wir fordern nachdrücklich eine angemessene Anzahl von Arbeitsinspektoren und Kontrollen sowie die rasche Einrichtung eines einheitlichen, effizienten Inspektionsdienstes, der bereits im Plan für die aktive Arbeitspolitik 2020-2024 vorgesehen, aber noch nicht umgesetzt ist.

Das Landeskoordinierungskomitee für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, welches Maßnahmen zur Vorbeugung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie die Überwachung und Planung von Schulungen und die Förderung innovativer Systeme für eine bessere Gewährleistung der Sicherheit am Arbeitsplatz entwickeln soll, wurde zwar im vergangenen Herbst formell neu konstituiert, ist aber nur wenige Male einberufen worden.

Digitalisierung

Um die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger effizienter und unbürokratischer zu gestalten, muss sich die öffentliche Verwaltung so schnell wie möglich mit einem Informatik-System ausstatten, das in der Lage ist, alle Dienstleistungen durch vereinfachte und einheitliche Verfahren zu vernetzen, mit einer Datenbank, die von jeder öffentlichen Verwaltungsstelle in Südtirol abgefragt werden kann. Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zu Dienstleistungen für Personen ohne digitale Kenntnisse sowie Projekte zur Einführung neuer digitaler Technologien zugunsten älterer Menschen vorzusehen, um ein langes selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Steuern und Steuerhinterziehung

In Südtirol ist man sich des Ausmaßes der Hinterziehung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nicht bewusst, ebenso wenig wie der Auswirkungen, die sich durch diese Mindereinnahmen für den öffentlichen Haushalt ergeben.

Wir halten es für unerlässlich, eine Analyse dieses Phänomens in unserer Provinz durchzuführen, um Gegenmaßnahmen erarbeiten zu können.

SOZIALE NACHHALTIGKEIT

Gesundheitswesen

Der Landesgesundheitsplan ist im Jahr 2020 ausgelaufen und wurde seither nicht erneuert. Der neue Plan muss so schnell wie möglich erstellt werden, damit für die Bürgerinnen und Bürger Transparenz besteht, nicht nur in Bezug auf die Bewertung der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern auch in Bezug auf die zu erreichenden Ziele, die Strategien zur Effizienz und die Maßnahmen zur Optimierung der Dienstleistung sowie die Messbarkeit der erzielten Ergebnisse. Wir erwarten, dass das Abteilung Gesundheit bei den Entscheidungen für die künftige Entwicklung des Sanitätsbetriebes Fachleute des Gesundheitswesens anhört, um das Gesundheitssystem effizienter zu gestalten und die Professionalität des Personals zu steigern, wobei auch für ein gutes Arbeitsklima gesorgt werden muss.

Wir halten einen für Weiterbildung und Austausch offenen wissenschaftlichen Ansatz für einen unverzichtbaren Wert, den es anzustreben gilt, damit junge Menschen Südtirol als attraktiven Arbeitsort betrachten.

DIE SÜDTIROLER GEWERKSCHAFTSBÜNDE LE CONFEDERAZIONI SINDACALI ALTOATESINE

Gesundheitsvorsorge und die Förderung des Bewusstseins für Vorsorge müssen zentrale Ziele sein. Wir fordern die Ausweitung der Altersspanne für kostenlose Krebsvorsorgeuntersuchungen sowie Risikoprävention für chronische Krankheiten, beginnend mit der Primärprävention. Die Sensibilisierung und Erziehung zu einer gesunden Lebensweise muss in allen Bereichen gefördert werden, angefangen bei den Schulen.

Um dem Vormarsch der privaten Gesundheitsversorgung entgegenzuwirken, ist in erster Linie die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens erforderlich. Angesichts eines öffentlichen Gesundheitssystems, das nicht in der Lage ist, Facharztbesuche, Vorsorgeleistungen und Betreuung in einem akzeptablen Zeitrahmen zu gewährleisten, und das die Menschen dazu zwingt, sich an die private Gesundheitsversorgung zu wenden, besteht die große Gefahr - oder ist vielleicht schon die Realität -, dass keine soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden kann.

Es wird notwendig sein, die Regelung der freiberuflichen Tätigkeit der Ärzte in den Krankenhäusern zu überarbeiten und das öffentliche Angebot auch dadurch zu stärken, dass zahlreiche Dienstleistungen, die derzeit im Rahmen von Konventionen erbracht werden, wieder vom öffentlichen Gesundheitsdienst selbst angeboten werden

Sozialbereich

Um unsere Gesellschaft inklusiv zu gestalten und eine echte Chancengleichheit zu gewährleisten, müssen die Strategien und Interventionsmaßnahmen, die im Juni 2023 verabschiedeten Landessozialplan definiert sind, umgesetzt werden. Dies um alle Formen von Armut, Ausgrenzung und sozialer Ungleichheit zu bekämpfen.

Wir sehen in der EEVE ein genaueres und transparenteres Instrument zur Bewertung der erhobenen Einkommen. Die EEVE trägt der gesellschaftlichen Realität in Südtirol besser Rechnung, kann nützliche Daten auf Landesebene erheben, eine genauere Bedarfserhebung sowie eine zielgenauere, gerechtere und wirksamere Sozialpolitik bzw. Zuweisung von Sozialleistungen ermöglichen. Wir halten es daher für angemessen, die ISEE-Erklärung nur für staatliche Leistungen anzuwenden.

Mit wenigen Ausnahmen wurden die Beträge und Einkommensgrenzen der Sozialleistungen seit 2013 nicht mehr angepasst. Die Anpassung ist angesichts der jüngsten dramatischen Inflationsentwicklung umso notwendiger.

Es ist zudem notwendig, den Pflegefonds abzusichern, der die Zahlung des Pflegegeldes garantiert. Es braucht mehr und bessere Informationen über die Leistungen und Angebote des Landes zugunsten von Personen in wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Schwierigkeiten.

Wohnungsbau und Raumordnung

Die Landesverwaltung und die Großgemeinden sollten in einen massiven Bauplan für Sozialwohnungen investieren, die zu gedeckelten/bezahlbaren Mieten vermietet werden. Dies würde eine Beruhigung der Preise auf dem Mietmarkt mit sich bringen, ebenso ein größeres Angebot an Wohnraum für Arbeitnehmer, Familien und junge Menschen, die kein Interesse am Erwerb einer Eigentumswohnung haben oder sich eine solche nicht leisten können.

Die derzeit geltenden Beschränkungen für Erstwohnungen und Grundstücke, die mit finanzieller Unterstützung durch das Land erworben wurden, müssen dauerhaft festgeschrieben werden.

Bildung, Ausbildung und Forschung

Aus- und Berufsbildung spielen in einem sich rasch verändernden sozialen Umfeld eine grundlegende Rolle. Transversale und berufliche Kompetenzen sind eine Voraussetzung sowohl für den Eintritt in die Arbeitswelt als auch für einen Wechsel des Arbeitsplatzes.

Dem Bildungs- und Ausbildungssystem sowie der Forschung und Innovation darf es nicht an finanziellen und personellen Ressourcen mangeln. Jede Ausgabe in diesen Bereichen sollte nicht als Belastung des Haushalts, sondern als Investition in die Zukunft gesehen werden.

Im Hinblick auf den digitalen und technologischen Wandel, der sich bereits vollzieht, müssen die Grundausbildung in den Berufsschulen und die beruflichen Umschulungsmaßnahmen unverzüglich verstärkt werden. Die bestehenden traditionellen Ausbildungswege sollten durch neue Wege der höheren beruflichen Ausbildung ergänzt werden (z.B. technische Hochschulbildung nach dem Lehrabschluss, in Sektoren, in denen die lokale Forschung und das Unternehmertum erfolgreich und innovativ sind). Um unser Land als Kultur- und Innovationsmotor zu erhalten und zu fördern, sollten auch neue Universitätsstudiengänge entwickelt werden, die das Angebot auf lokaler Ebene erweitern.

Die auf nationaler und internationaler Ebene durchgeführten Studien (zuletzt von AFI/IPL und EURAC Research) zeigen eine Polarisierung der Gesellschaft in Bezug auf Einkommen, Wohlstand und Chancen. Zudem wird festgestellt, dass das Bildungsniveau eine Schlüsselrolle bei der Chance auf den sozialen Aufstieg spielt, die heute scheinbar verwehrt werden. Deshalb müssen Maßnahmen für einen besseren Bildungserfolg gesetzt werden.

Chancengleichheit und Inklusion

Um eine moderne, gerechte und inklusivere Gesellschaft zu schaffen, ist neben der grundlegenden Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung auch die Umsetzung des Aktionsplans für Chancengleichheit von entscheidender Bedeutung. Die Maßnahmen müssen das gesamte sozioökonomische System Südtirols einbeziehen, mit besonderem Augenmerk auf die Bereiche:

- Arbeit und Beschäftigung
- Kultur und Ausbildung
- Schutz vor Gewalt
- Gesundheit und soziale Sicherheit
- Teilhabe am politischen und sozioökonomischen Leben

NACHHALTIGKEIT UND ÖKOLOGISCHER WANDEL

Das derzeitige Südtiroler Wirtschaftsmodell ist im Lichte der neuen Perspektiven, die im kürzlich von der Landesregierung verabschiedeten Klimaplan aufgezeigt werden, zu überprüfen.

Für uns ist es nach wie vor unerlässlich, dass die Gewerkschaften, wie vorgesehen, in diesen Prozess einbezogen werden.

Notwendige und/oder unausweichliche Veränderungen müssen gesteuert und überwacht werden, denn es wird dabei unweigerlich Personen in der Gesellschaft geben, die zurückbleiben.

In einer Gesellschaft wie der unseren, der es nicht gelingt, Chancengleichheit zu gewährleisten, sind die wirtschaftlich, sozial und kulturell benachteiligten Personen einem besonderen sozialen Risiko ausgesetzt. Um eine Verschärfung der sozialen Ungleichheiten zu verhindern und den sozialen Frieden zu gewährleisten, muss man im Voraus wissen, welche neuen Formen der Ungleichheit entstehen und welche Auswirkungen eingeführte Maßnahmen haben werden.

Die ökologische Nachhaltigkeit, die sich auf künftige Generationen auswirkt, muss eine verbindliche Priorität in der Politik jedes einzelnen Landesamtes sein. Um eine wirksame Koordinierung der Maßnahmen und Politiken zu erreichen, sollte unseres Erachtens eine Stelle eingerichtet werden, die die kurz- und langfristige Wirksamkeit von Gesetzen und Bestimmungen sowie deren soziale Auswirkungen misst und überprüft.